

Bastian Lange, Benedikt Schmid, Martina Hülz, Christian Schulz

## **Covid-19 und Postwachstumsgeographien: Beobachtungen und Perspektiven**

### **1 Einleitung**

In der politischen, medialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Covid-19-Pandemie taucht vermehrt ein Diskussionsstrang auf, der die bisherige Wachstumsfixiertheit – bei allenfalls nachrangiger Gemeinwohlorientierung – unseres Wirtschaftssystems und seines institutionellen Kontexts infrage stellt. Damit meinen wir nicht etwa die vordergründigen Diskussionen, wie z. B. die oft stark vereinfachte Globalisierungskritik und ihre Lösungsvorschläge („Produktion in Deutschland für Deutschland“ oder „Medikamentenproduktion nach Deutschland zurückholen“), oder die teils romantisierenden Entschleunigungsdiskurse sozio-ökonomisch privilegierter Bevölkerungsgruppen.

Vielmehr zeigt sich hier und da eine neue Dimension in der Auseinandersetzung mit teils altbekannten Kritikpunkten, angefangen bei der Frage der Wohlstandsmessung via BIP, über die wachstumsfördernden Fehlanreize der Steuer- und Zinspolitik und die Grenzen von Märkten als Allokationsmechanismus, bis hin zur (Neu-)Bewertung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, Arbeitszeitmodellen und Unternehmenszwecken. Viele dieser Kritikansätze sind seit langem Gegenstand der Postwachstumsdebatte (Demaria/Schneider/Sekulova et al. 2013) und zeigen Bezüge zur Auseinandersetzung mit anderen „Krisen“ wie etwa dem Klimawandel oder der sogenannten Finanzkrise 2008<sup>1</sup>, in deren Kontext von wachstumskritischen Positionen für einen grundlegenden Wandel in Produktion und Konsum plädiert wurde.

---

<sup>1</sup> Der Begriff „Krise“ wird hier ambivalent gesehen. Im Falle der Finanzkrise sind allenfalls die Symptome des Kollapses 2008/2009 weitgehend verschwunden, ihre strukturellen Ursachen sind jedoch mitnichten überwunden. Auch die „Flüchtlingskrise“ 2015 in Europa war und ist alles andere als ein temporäres oder

Die Ungewissheit der gegenwärtigen Krise, aber auch die unverhoffte Dynamik und die Relevanzwirkungen von gemeinwohlorientierten Initiativen sowie Ad-hoc-Allianzen im familiären und nachbarschaftlichen Kontext (s. u.) bieten unserer Auffassung nach eine besondere Gelegenheit, diese Zusammenhänge nicht nur kritisch auszuleuchten, sondern auch das Potenzial und die Gestaltbarkeit von Wohlstandsalternativen gerade jetzt aufzuzeigen.

Dies ist umso nötiger, als dass sich im Zuge der „Wiederbelebung der Wirtschaft mit Wumms“ zeigt, dass die staatlicherseits vorgetragenen Lösungsvorschläge zur Überwindung der primären (direkt durch das Virus ausgelöst) und sekundären (vor allem wirtschaftlichen und sozialen) Folgen der Pandemie weitgehend in marktwirtschaftlichen und wachstumsbasierten Denkweisen verhaftet bleiben, was aktuell an dem gerade verabschiedeten „Corona-Konjunkturpaket“ der Bundesregierung deutlich wird. Substantielle Stimulierungen von postfossilen Mobilitätsformen oder landwirtschaftlichen Produktionsformen geben sich bedauerlicherweise nicht zu erkennen. Und die ohnehin teils zaghafte Ziele des Green Deals der EU werden bereits angezweifelt. Im Gegenzug artikulieren sich aber verstärkt soziale Bewegungen wie z. B. im Umfeld des „Netzwerkes Ökonomischer Wandel“ (NOW), das zukunftsfähige Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung auslotet.

## **2 Zielstellung**

Vor diesem Hintergrund verfolgt der vorliegende Beitrag zwei Ziele: Zum einen zeigt er die Relevanz postwachstumsorientierter Konzepte und Praktiken im Kontext der durch das Virus ausgelösten Krisen auf und stellt damit ein alternatives Deutungsangebot zur Verfügung. Zum anderen nimmt er die Krise zum Anlass,

---

räumlich abgrenzbares Phänomen, sondern ein fortwährendes globales Phänomen. Gleiches gilt für die „Klimakrise“, die nur schwer als temporäres Krisenereignis verstanden werden kann, bedenkt man den seit mehreren Jahrzehnten erkannten anthropogenen Klimawandel und seine – wenn überhaupt – nur sehr langfristig umkehrbaren Trends.

um postwachstumsorientierte Konzepte und Praktiken auch aus einer räumlichen Sicht zu aktualisieren und mit Bezug auf die Covid-19-Pandemie zuzuspitzen.

Ein solches Deutungsangebot der aktuellen Dynamiken und der sich darin widerspiegelnden Zusammenhänge ist aus unserer Sicht aus mindestens zwei Gründen wichtig: erstens, um verkürzte Darstellungen zu vermeiden, die existierende sozialökologische Ungleichheiten, unter denen sich die Pandemie entfaltet hat, bei der aktuellen Analyse ausklammern oder nur selektiv berücksichtigen. Als Folge solcher Darstellungen wird im Zuge der Krisenbewältigungen auf Lösungsmodelle zurückgegriffen, die bestehende Ungerechtigkeiten und Unnachhaltigkeiten fortführen oder gar verschärfen, wie dies an der Diskussion um Autokaufprämien zu beobachten ist, während bspw. in der Krise extrem belastete Alleinerziehende anteilig nur geringe wirtschaftliche Unterstützung erfahren. Und zweitens, um Rückschlüsse zu ziehen sowie auch argumentatives Potenzial zu finden für mögliche Alternativen und Veränderungen, die im Kontext der Covid-19-Pandemie die Belange einer sozialökologischen Transformation unterstützen könnten.

Mit diesen Zielen reflektiert der folgende Abschnitt die Bandbreite unterschiedlicher Deutungsangebote der Pandemie und ordnet diesen Beitrag in ein begrenztes, aber wachsendes Feld progressiver Positionierungen ein. Im Anschluss daran blicken wir detailliert auf die postwachstumsorientierte Praxis und diskutieren die vielseitigen Reaktionen im Kontext von Postwachstumsansätzen in der derzeitigen Pandemiesituation. Darauf aufbauend werden Eckpunkte einer emanzipatorischen Transitionsperspektive aufgezeigt.

### **3 Reflexion zu Deutungsangeboten der Pandemie**

Bereits kurz nach der Einstufung der rasanten Verbreitung des Sars-CoV-2-Virus als Pandemie im März 2020 wurden erste Deutungsangebote für die Situation vorgelegt. Viele Institutionen, Organisationen und Gruppierungen reagierten auf die Situation und nahmen aus sektoraler oder thematischer Perspektive Stellung

(Sarkis/Cohen/Dewick et al. 2020). Andere gingen weit darüber hinaus und offerierten umfassendere Einordnungsversuche. Neben vielen Stimmen, die durch Rückgriff auf eingefahrene Argumentationsmuster – u. a. Arbeitsplatzverlust, Systemrelevanz von bestimmten Wirtschaftszweigen, Vertrauen auf den Aktienmärkten, Konjunktur – ein entschiedenes Eingreifen staatlicher Institutionen forderten, waren auch progressive Stimmen zu vernehmen, die in der Krise eine „historische Chance“ (NOW 2020) oder zumindest einen Weckruf für eine sozialökologische Transformation sehen (beispielsweise Paulson/D’Alisa/Demaria et al. 2020; North 2020; FaDA 2020).

Dabei tritt deutlich zutage, dass die Krisenhaftigkeit der Pandemie keineswegs ein Phänomen ist, das über die Gesellschaft der globalisierten Moderne hereinbricht, sondern auf das Engste mit den sozialökologischen Verhältnissen dieser Gesellschaft verflochten ist und existierende räumliche Ungleichheiten im lokalen, regionalen sowie globalen Kontext verstärkt herauspräpariert. Sowohl Deutungen als auch Lösungsvorschläge müssen daher räumlich differenziert geführt werden und als geographische Fragestellung verstärkt betrachtet werden: Eine globalisierte und wachstumsabhängige Wirtschaft, extreme soziale Ungleichheiten, markt- und profitorientierte soziale Infrastrukturen – insbesondere die Gesundheitssysteme –, Austeritätspolitik, Migration, industrielle Tierhaltung („Tönnies“) und Feinstaubbelastung sind einige zu nennende Punkte, die durch die Pandemie besonders augenscheinlich zutage treten. Die Wucht, mit der die Pandemie auf diese und andere soziale und ökologische Problemstellungen trifft und mit ihnen interagiert, deutet darauf hin, dass vertraute routinisierte „Normalzustände“ auch nach Rückgang des Infektionsgeschehens nicht mehr herstellbar sind – noch, dass eine Wiederherstellung dieser wünschenswert wäre.

Die Auseinandersetzung über die Deutungen der Pandemie und ihrer Ursachen ist damit untrennbar mit den Politiken um mögliche Bewältigungen und Transformationswege verbunden. Wohl bewusst, dass dies nur *eine* mögliche Perspektive ist, möchten wir im Folgenden die Sars-CoV-2-Pandemie im Kontext von

Postwachstumsansätzen betrachten. Dabei möchten wir sowohl einige Verbindungslinien zwischen den vielseitigen Reaktionen auf die Pandemiesituation – insbesondere von zivilgesellschaftlichen Akteuren – einerseits und im Zusammenhang von Postwachstumsansätzen diskutierten Praxisformen andererseits herstellen. Schließlich widmen wir uns zum Ende des Beitrages Fragen emanzipatorischer Transitions- und Transformationsprozesse vor dem Hintergrund der Pandemie.

#### **4 Postwachstumskriterien im Kontext von Covid-19**

Vertreter/innen der Postwachstumsdebatte stellen im Kern Wirtschaftswachstum als Leitprinzip menschlichen Zusammenlebens infrage und fordern eine reflexive Neuorientierung ökonomischer, politischer und sozialer Institutionen, um ein zeitlich und räumlich gerechtes, nachhaltiges und würdiges (Über-)Leben für alle zu ermöglichen (Lange/Hülz/Schmid et al. 2020; Macekura 2017). „Nach dem Wachstum“ bezieht sich dabei explizit *nicht* auf die Frage „Was tun, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst“ (Rezession), sondern möchte angesichts der vielfach bereits überschrittenen Grenzen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit einen institutionellen Umbau begründen, der die Stabilität sozial-ökologischer Systeme jenseits des kapitalistischen Wachstumsimperatives ermöglicht.

Postwachstumsansätze befassen sich damit, wie sozialökonomische Verhältnisse ausgestaltet sein müssen, damit sie eben nicht der (inzwischen als Dauerzustand zu charakterisierenden) Krisenhaftigkeit eines wachstumsabhängigen Wirtschaftssystems unterliegen. Dabei ist entschieden zu betonen, dass es einen großen Unterschied zwischen einem unkontrollierten Rückgang oder gar Einbruch der Wirtschaft, wie wir ihn momentan erleben („degrowth by disaster“), und dem kontrollierten institutionellen Umbau, der von wachstumskritischen Positionen gefordert wird („degrowth by design“), gibt (Paulson/D’Alisa/Demaria et al. 2020). Erstes beschreibt die vielen Schattenseiten eines ins Stocken geratenen

wachstumsabhängigen Wirtschaftssystemen, wie räumlich ungleich verteilte Ressourcen und deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen wie Armut, Krankheit, mangelnde Bildungschancen und fehlende demokratische Teilhabe. Zweites hingegen verweist auf den Versuch von Postwachstumsansätzen, sowohl resilientere als auch gerechtere und nachhaltigere Rahmenbedingungen zu entwerfen und argumentativ zu begründen, sodass ein Wirtschaftssystem auch unter Krisenbedingungen funktioniert und insbesondere – vielleicht noch viel wichtiger – diese nicht selbst erzeugt (sei es durch Spekulationsblasen oder der Untergrabung der eigenen Ressourcenbasis).

Nachdem das Prinzip „Mehr Markt und Kapitalismus“ als Antwort auf den sich noch immer auswirkenden Zusammenbruch des globalen Finanzsystems ab 2007 die bestehenden sozialen und ökologischen Problemlagen nur verschärft hat, scheint es zwingend geboten, die Frage der Wachstumsabhängigkeit offen zu diskutieren und der Covid-19-Pandemie nicht mit den gleichen, die Probleme und Gegensätze verschärfenden Mitteln zu begegnen.

Hierzu möchten wir Alternativen betrachten und diskutieren, die über marktfokussierte Lösungsansätze hinausweisen und die wiederum als emanzipatorische Praxis das „menschliche Maß“ in den Vordergrund stellen. Wichtig ist dabei der Hinweis, dass Individuen und Bevölkerungsgruppen auf allen lokalen, regionalen, nationalen und globalen Maßstabsebenen unterschiedlich von der Pandemie betroffen sind und daher auch die Erfahrungen, Probleme und Auswirkungen räumlich höchst heterogen sind.

In diesem Sinne möchten wir mit den folgenden Beobachtungen weder über schwerwiegende Schicksale hinweggehen noch die Lage romantisieren. Vielmehr soll auf die Existenz und Möglichkeit alternativer Organisationsformen, Bewertungen, Lebensstile und Umgangsformen aufmerksam gemacht werden, die hinsichtlich des unmittelbaren Umgangs mit der Pandemie aufschlussreich sind

sowie über eine umfangreichere Neuorientierung sozialökologischer Verhältnisse gerade für Stadt-, Wirtschafts- und Raumplanung informieren können.

➤ **Alternative Wertkreisläufe und die Rolle solidarischer Netzwerke**

Angesichts des Versagens (unregulierter) Märkte im Kontext der Krise treten alternative Formen der Steuerung und Allokation hervor. Maßnahmen, die von tiefgreifenden staatlichen Eingriffen bis hin zu Nachbarschaftshilfe, solidarischen Netzwerken, Tausch- und Schenkökonomien reichen, zeigen deutlich, dass Märkte als Allokationsmechanismus weder besonders krisensicher noch alternativlos sind. Mit dem allgemeinen Ruf nach Solidarität und Rücksicht auf Mitmenschen hat sich vermehrt in der Lockdown-Phase der Pandemie eine Vielzahl von Wirtschaftsbeziehungen herausgebildet, die nicht nach den Gesichtspunkten Gewinnmaximierung, Konkurrenz und Egoismus funktionieren.

Besonders prominent sind dabei Nachbarschaftshilfen in den Vordergrund gerückt, in deren Kontext unterschiedlichste Menschen sowohl analog als auch digital teils bekannten und oft auch fremden Personen, insbesondere solchen, die einer „Risikogruppe“ angehören, ihre Hilfe angeboten haben. Sie erwarteten dafür weder Geld noch einen sonstigen Ausgleich. Es scheint das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ – zumindest im kleinen Rahmen – zum Leben erwacht. Kann uns dies für den gegenseitigen Umgang auch nach der Krise inspirieren? Brauchen wir diese Rücksichtnahme, Achtung und gegenseitige Hilfe nicht zu allen Zeiten?

➤ **Suffizienz, Zeitwohlstand und das Gute Leben**

Unter dem Begriff der Suffizienz wird für eine Genügsamkeit plädiert, die explizit kein Verzicht ist (vgl. Schneidewind/Zahrnt 2013). Im Zuge der Krise müssen viele Menschen mit weniger auskommen – und das reicht vom Luxuskonsum wie einer Weltreise bis hin zur fehlenden Befriedigung fundamentaler Bedürfnisse für

jene, die in diesen Zeiten um ihre Existenz, Würde und ihr körperliches Wohlbefinden kämpfen müssen. Während des Lockdowns war eine Sehnsucht nach vermeintlich *einfachen Dingen* deutlich zu vernehmen.

Die Bedürfnispyramide richtete den Blick auf anscheinend zeitlich nicht mehr mögliche Dinge: Zeit mit der Familie zu verbringen, zur Ruhe zu kommen, den Schrank auszumisten oder Wohnung und Garten auf Vordermann zu bringen. Andere als selbstverständlich angesehene Dinge, wie der Kontakt zu Freunden, zu den Großeltern oder Angehörigen in Seniorenheimen, die beiläufige Begegnung mit Fremden, die Kita und die Schule oder für manche die sinnstiftende Arbeit, zogen und ziehen durch ihre Abwesenheit die Aufmerksamkeit auf sich.

Die Covid-19-Pandemie fordert uns auf zu reflektieren, was eigentlich das Gute Leben (vgl. I. L. A. Kollektiv 2019) ausmacht. Für Politik und Planung ergeben sich wichtige Impulse, die Sicherung der Grundbedürfnisse – Gesundheit, Zeitwohlstand (Schor 2010), materielle Grundsicherung – in den Mittelpunkt der (institutionellen) Aufgaben und des Interesses zu stellen.

### ➤ **Lokale Produktion und regionale Wertschöpfung**

Bereits vor der globalen Ausbreitung von SARS-CoV-2 wurde deutlich, welchen weltweiten Abhängigkeiten unsere Wirtschaft durch komplexe transnationale Liefer- und Wertschöpfungsketten unterworfen ist. Fallen Lieferanten und Produzenten an einem Ende der Welt aus, stehen ganz woanders plötzlich die Bänder still. Während in manchen Bereichen globaler Austausch durchaus sinnvoll sein kann (aufgrund unterschiedlicher klimatischer Wachstumsbedingungen, für globale Verständigung, im Kontext von ökologischem und sozial nachhaltigem Tourismus), führt die globalisierte, rein auf Kostenvorteile bedachte *Just-in-time*-Ökonomie nicht nur zu Externalisierung und transportbedingten Emissionen, sondern ist zudem auch anfällig gegenüber unerwarteten Störungen.



Eine Beschäftigung mit Postwachstumsansätzen fordert in diesem Sinne eine Reflexion darüber, welche lokalen, regionalen und globalen Wertkreisläufe ökologisch und sozial sinnvoll sind und nicht nur vor dem Hintergrund von Kostenexternalisierung und den – euphemistisch – sogenannten Lohnkostenvorteilen. Inspiration bieten auch (teil-)autonome *peer-to-peer*-Produktions- und Distributionsnetzwerke, die dynamisch auf die Pandemiesituation reagieren (Bauwens/Kostakis/Pazaitis 2019). In offenen Werkstätten haben sich – unter Einhaltung der Corona-bedingten Hygieneordnungen – Teams gebildet, die im Schichtbetrieb Faceshields, Gesichtsmasken und Ersatzteile jeglicher Art drucken, lasern, nähen und basteln und diese umsonst denjenigen zukommen lassen, die sich mit allen Kräften um die gesellschaftliche Versorgung und Gesundheit kümmern<sup>2, 3</sup>. Die spontane und selbstorganisierte Vernetzung von Freiwilligen jenseits von Marktmechanismen zeigt eindrucksvoll das Potenzial neuer Produktions- und Arbeitsformen der *commons*-basierten *peer*-Produktion. Diese sich noch in Nischen befindlichen Produktionsformen bieten einen wichtigen Anstoß, um wirtschaftliche Steuerungspolitiken und Planungsprozesse auf eine nahräumliche, demokratische, nutzwertorientierte und flexible Wertschöpfung hin neu zu denken.

### ➤ **Der Wert von Arbeit und Unternehmen**

Während sich zahlreiche Freiwillige in selbstorganisierten Netzwerken zusammenfinden, um unentgeltlich einen wichtigen Beitrag zu leisten, fließen die staatlichen Soforthilfen umfänglich an große Unternehmen und international operierende Konzerne. Nicht antragsberechtigt hingegen sind Unternehmen, die nicht dauerhaft am Markt tätig sind. Autonome *peer-to-peer*-Produktions- und Distributionsnetzwerke arbeiten also nicht nur umsonst, sie erhalten in der Regel auch keine Unterstützung für ihre Materialausgaben. Auch spezielle Rettungsschirme,

---

<sup>2</sup> <https://www.stadtkind-stuttgart.de/stuttgarter-entwickeln-plattform-fuer-die-vermittlung-von-schutzmasken/> (30.06.2020).

<sup>3</sup> <https://www.makervsvirus.org/> (30.06.2020).

etwa von der Bank für Sozialwirtschaft, decken bei Weitem nicht alle Liquiditätsengpässe ab. Die aktuelle Situation zeigt eindrücklich, dass es höchste Zeit ist, die Fixierung auf marktförmiges Wirtschaften und gewinnorientierte Unternehmen zu überwinden und neue rechtliche Rahmenbedingungen für die Bewertung wirtschaftlicher Tätigkeiten zu schaffen, wie sie beispielsweise die Gemeinwohlökonomie seit langem fordert (Felber 2018).

Besonders deutlich tritt hier die insbesondere von feministisch-inspirierten Positionen artikulierte Problematik eines auf Lohnarbeit verengten Arbeitsbegriffs hervor, der Sorge- und *Care*-Arbeit (Habermann 2016) ebenso ausklammert wie jegliche Formen des Tätigseins (Seidl/Zahrnt 2019), die keinen marktwirtschaftlichen Mehrwert erzeugen. Während durch die Pandemie die Bedeutung („Systemrelevanz“) von vielen Tätigkeiten, die grundlegend für menschliche Gesundheit, Wohlbefinden und Reproduktion sind, deutlich wurde, werden Pflege und Sorgearbeiten in der Regel schlecht, oft überhaupt nicht entlohnt.

Neben der häuslich organisierten Kranken- und Altenpflege ist in der Krise durch Schul- und Kitaschließungen auch die Bedeutung der vermehrt weiblichen Erziehungsarbeit offenkundig geworden. Die zusätzliche Belastung betraf – ähnlich wie andere Sorgearbeit – in aller Regel Frauen stärker als Männer und führte zur Verschärfung ohnehin bestehender Ungleichheiten. Über die symbolische Wertschätzung einiger dieser Arbeiten hinaus (Stichwort: Applaus für die Mitarbeiter/innen im Gesundheitssystem) gilt es aus Postwachstumsperspektive, diese auch durch entsprechende Investitionen, Entlohnungen und Absicherungen zu unterstützen. Eine vieldiskutierte Form ist dabei das bedingungslose Grundeinkommen.

#### ➤ **Bedingungsloses Grundeinkommen<sup>4</sup>**

---

<sup>4</sup> van Parijs/Vanderborght (2017).

Ein erweiterter Arbeitsbegriff, Technisierung und Kritik an der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen führen seit einigen Jahren zu vermehrten Diskussionen um ein (bedingungsloses) Grundeinkommen (BGE). Mit dem plötzlichen erzwungenen Stillstand vieler Wirtschaftsbereiche und der drastischen Reduzierung anderer wird schmerzlich deutlich, wie fragil die konsumseitige Versorgung in einer Gesellschaft ist, in der ein Großteil der Menschen ohne bedeutende Ersparnisse von Lohnarbeit abhängig ist.

Im Gegensatz zu Milliardenzahlungen an Unternehmen oder verdeckte Subventionen durch Kaufprämien, die letztendlich disproportional den bereits Wohlhabenden zukommen, bietet die Krise eine einmalige Chance, das BGE ganz oben auf die Tagesordnung der Maßnahmen zu setzen. Umso wichtiger ist es jedoch, eine neoliberale und wachstumsorientierte Vereinnahmung des BGE-Diskurses abzuwenden, die das bedingungslose Grundeinkommen als Konjunkturprogramm und zur Kürzung staatlicher Sozialleistungen instrumentalisiert würde.

### ➤ **Ökologische Krisen und staatliche Interventionen**

Leere Straßen, klare Kanäle, blauer Himmel, ruhige Städte und Landschaften und eine Verlangsamung des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – bei allen durch die Krise verursachten größeren und kleineren Problemen<sup>5</sup> hat diese mancherorts zumindest kurzzeitig gezeigt, wie eine Welt mit weniger Hektik, alltäglichem Stress und Luftverschmutzung aussehen könnte. Auch wenn Menschen in verschiedenen Ländern (in Abhängigkeit der Regelungen) und mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen dies sehr unterschiedlich wahrnehmen können und dürfen, so zeigt uns der Rückgang der durch alltägliche Routinen stark normalisierten Verschmutzung, wie eine Welt aussehen könnte, in der Nachhaltigkeit als Eigenwert anerkannt wird und die sich nicht einem ständigen Wirtschaftswachs-

---

<sup>5</sup> Diese Feststellung soll selbstverständlich nicht darüber hinweggehen, dass die Krise vielerorts großes Leid verursacht.

tum unterordnen muss. Die Gefahr, dass es bei einmaligen Gratisseffekten bleiben wird, und nach Wiederaanlaufen der Wirtschaft und der Mobilität auch bald wieder die bekannten Emissionswerte erreicht sein werden, ist jedoch groß.

Dabei wirft jedoch die umfassende staatliche Mobilisierung von finanziellen, administrativen und diskursiven Ressourcen die Frage auf, ob sich diese erstaunlich schnelle Steuerungskraft nicht ebenso auf diffusere, aber dennoch nicht minder gefährliche Krisen übertragen ließe, wie z. B. auf den Klimawandel oder das Artensterben? Die mitunter vorgetragene Trägheit und Langsamkeit des nötigen Wandels in den vergangenen Jahren hat seit der Pandemie als Argument ausgedient. Aus Postwachstumsperspektive braucht es (endlich) einer Anerkennung der wissenschaftlich belegten Dringlichkeit ökologischer Krisen, die in ein entschiedenes Umsteuern politischer und wirtschaftlicher Prozesse führt. Eine solche, stärker prozessuale Perspektive wird nun im folgenden Abschnitt eingenommen.

## **5 Emanzipatorische Transitions- und Transformationsprozesse**

Die vielseitigen Alternativen laden dazu ein, den Blick darauf zu richten, welche Lern- und Steuerungserfahrungen aus der aktuellen Krise in die Übergangphasen der Zeit nach dem Pandemie-Peak mitgenommen werden können. Durch Covid-19 wurden bestehende Verwerfungen vertieft, in bestimmten Bereichen sind sie jedoch auch sichtbarer geworden. Alternative Diskurse und Praktiken, die bereits vor der Pandemie in und durch emanzipatorische Gruppen und Bewegungen umgesetzt wurden, haben neue Bedeutungen und Dynamiken erlangt.

Eine zentrale Frage aus einer Perspektive auf die mit Covid-19 einhergehenden Postwachstumsgeographien ist, in welchen räumlichen und sozialen Prozessen und Mustern sich die Krisenbewältigung niederschlägt und welche Möglichkeiten für eine postwachstumsorientierte Praxis sich daraus ergeben.

Betrachtet man regional, aber auch europäisch differenzierte Steuerungspraktiken bei der Bewältigung der Pandemie, so fördern sie interessante Beobachtungen zutage: Zum Beispiel sind vor allem in Großstädten experimentelle Mobilitätsformen schnell implementiert worden, für die es sonst – wenn überhaupt – Jahre gebraucht hätte, wie beispielsweise *pop-up*-Radwege. Des Weiteren wurden unterschiedliche ökonomische Austauschbeziehungen aktiviert, die bereits zuvor existiert haben, jedoch im Zuge der Krise auf besondere Weise relevant wurden: Lokale Einkaufsgemeinschaften haben neue Vertriebswege für landwirtschaftliche Produkte aus dem Stadtumland geschaffen, Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe wurden vielerorts von Stadtteilinitiativen unterstützt, wie z.B. durch Gratisnutzung von Online-Plattformen oder durch neue Allianzen, und haben Zuspruch aus der solidarischen Bevölkerung erfahren. Lange Lieferfristen etablierter Online-Händler haben diese neuen Vertriebswege zusätzlich befördert.

Zudem sind neue multilokale Homeoffice-Praktiken eröffnet worden, die vielleicht noch Fragen nach rechtlicher Regulation nach sich ziehen, aber auch der Euphorie und dem Zweifel hinsichtlich der Effektivität der translokalen Kommunikation einen Riegel vorschieben oder diese zumindest eingrenzen. Viele Indizien (Stichwort „Zoom-Müdigkeiten“) sprechen im Gegenzug auch für ein Mehr an *Face-to-Face*-Kontakten und somit im Postwachstumssinne für ein „menschliches Maß“. Ebenso lassen sich regionale und lokale Versäumnisse oder Errungenschaften digitaler Technologie neu bewerten. Aber auch hier zeigen sich Einfallsreichtum und Hilfsbereitschaft, indem beispielsweise Kirchen ihre leerstehenden Büroräume mit guter Infrastruktur kostenlos für ungestörte Homeoffice-Zeiten anbieten.

Aus den staatlich verordneten Shutdown-Maßnahmen entwickelt sich eine Bandbreite an praktizierter Solidarität im sozialen Umfeld und Nahraum der Menschen, basierend auf der Basis experimenteller Praktiken der gelebten Teilhabe. Kitas bieten ihre ungenutzten Außenanlagen stundenweise einzelnen Familien an, die

keinen Garten haben. In Parks und Stadtwäldern entstehen ganze Landschaften aus Spielstätten, die Eltern aus herumliegenden Ästen, Steinen oder mitgebrachtem Equipment errichten und die aufgrund mangelnder Alternativen dankbar von vielen Kindern und Familien bespielt und erweitert werden.

Ebenso zeigt sich aber auch, dass experimentelle Haltungen ein Fundament von Bildung, sozialer Sicherheit und Vorwissen benötigen, das in Schulen und Ausbildungseinrichtungen nur selten adäquat positiv bewertet, geschweige denn offensiv gelehrt und praktiziert wird. Vor diesem bildungs- und wissensökonomischen Hintergrund wäre es aus unserer Sicht wichtig, in der aktuellen Einordnung der Pandemie und ihrer Ursachen neben der stoffstromlichen Sicht auf Umwelt, Konsum, Klimaeffekte, Artenvielfalt, CO<sub>2</sub>-Emissionen, Umweltgerechtigkeit u. a. auch verstärkt eine bildungspolitische und wissensbasierte Debatte zu den aktuellen Hoffnungen auf ein Mehr an Postwachstum „dranzuhängen“.

Die Pandemiebewältigung geht daher in den kommenden Monaten mit einem Mehr an experimentellen lokalen und nachbarschaftlichen Suchbewegungen für eine Alltagsbewältigung einher, die Kriterien einer „Postwachstumsökonomie“ aufweisen. Dabei stellt die eigentlich ebenso dramatische Krise das fehlende praxis- und alltagsrobuste Handlungswissen dar, wie denn ein gutes Leben post-pandemisch noch aussehen kann und welche experimentellen Haltungen uns einen Umgang damit lehren.

Neben diesen nahräumlichen Betrachtungen und meist lokalen und zivilgesellschaftlichen Problemlösungsansätzen hat die Pandemie jedoch auch innerhalb etablierter, marktbasierter Wirtschaftszweige kritische Diskussionen nicht nur über globale Produktionsketten und deren Lieferzuverlässigkeit (z.B. bzgl. der Arzneimittelindustrie) ausgelöst. Auch die Debatte um den grundsätzlichen Aufbau unserer Produktionssysteme, die Kurzlebigkeit von Produktzyklen (etwa in der Bekleidungs- und Elektronikindustrie) sowie die Resilienz von Versorgungssystemen (Obst- und Gemüseimporte aus dem Mittelmeerraum; angeblicher

„Fleischmangel“ in den USA) hat an Fahrt aufgenommen. Sie zeigt – gerade im Bereich der Landwirtschaft und Ernährungssicherheit – durchaus Bezüge zu altbekannten Diagnosen und Forderungen der Umweltbewegung.

Die Bewältigung der skizzierten Probleme wird lokal und regional stark unterschiedlich ausfallen, sodass sich geographische Unterschiede mehr ausdifferenzieren und verstärkt zu erkennen geben werden. Damit ist die aktuelle Entwicklung nicht nur ein spannender Gegenstand für die akademische Geographie und die Raumwissenschaften, sondern auch eine praktische Frage, nämlich wie postpandemische Bedingungen und Postwachstumsprozesse zu einem bewältigbaren Gesamtpaket an regional unterschiedlichen Gestaltungsansätzen führen.

An dieser Stelle verknüpft sich die Suche nach Strategien für die alltägliche Bewältigung von Risiko und Unsicherheit mit Fragen nach plausiblen Transitions- und Planungspfaden für Städte und Regionen. Dabei sollten neben Systemen, Regimen und anderen gesellschaftlichen Metastrukturen die Menschen in den jeweiligen Regionen mit ihren spezifischen Regionalisierungen nicht auf der Strecke bleiben. Sie sollten als zentrale Bezugsgröße an den neuen Richtungen und Pfadentwicklungen demokratisch mitwirken.

In dieser Phase wird sich auch zeigen, ob wirtschaftliche Anreizpolitiken die Entwicklungspfade in den Regionen bestimmen werden oder ob Postwachstumsbedingungen an eine Abkehr von Wirtschafts-, Ordnungs- und Strukturpolitik, „wie wir sie einmal kannten“, geknüpft sein müssen.

## **6 Resümee**

Durch die Corona-Pandemie wurde und wird das Leben in vielen Bereichen stark und mit Nachhall verändert. Bisher wirkt sie vor allem wie ein Scheinwerfer auf bestehende Konfliktlinien und Probleme. Die hohe Dynamik kann und sollte jedoch nicht nur zu einer Fortschreibung und Vertiefung dieser Ungleichheiten füh-

ren, sondern auch zur Mobilisierung, Verbreitung und Etablierung von Alternativen. Die ersten beiden Tendenzen sind zu beobachten, und die Kämpfe um die Deutungshoheit möglicher Zukünfte ist in vollem Gange.

In diesem Sinne bietet die aktuelle Situation viele Anknüpfungspunkte an die Themen und Forderungen von Postwachstum und unterstützt die Dringlichkeit einer reflexiven Neuorientierung ökonomischer, politischer und sozialer Institutionen jenseits einer einseitigen Wachstumsfixierung. Insbesondere aus raumwissenschaftlicher Perspektive bietet die Pandemie einen wichtigen Anlass, um bestehende räumliche und soziale Muster neu zu denken. Und der räumlichen Planung bietet sie die Gelegenheit, auf nachhaltigere und gerechtere Rahmenbedingungen hinzuwirken.

Dieses Diskussionspapier hat einige alte und neue Bezugspunkte angesprochen, die vor allem im Hinblick auf die derzeitigen Entwicklungen einer weiteren Aktualisierung und Schärfung bedürfen. Wir möchten die hier skizzierten Gedanken als Einladung verstehen, diese Diskussion fortzuführen und zu vertiefen.



## Literatur

- Bauwens, M.; Kostakis, V.; Pazaitis, A. (2019): Peer to Peer: The commons manifesto. London.
- Demaria, F.; Schneider, F.; Sekulova, F.; Martinez-Alier, J. (2013): What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: Environmental Values 22 (2), 191-215.  
doi: <https://doi.org/10.3197/096327113X13581561725194>
- FaDA – Feminisms and Degrowth Alliance (2020): Feminist degrowth reflections on COVID-19 and the politics of social reproduction.  
<https://www.degrowth.info/en/2020/04/feminist-degrowth-collaborative-fada-reflections-on-the-covid-19-pandemic-and-the-politics-of-social-reproduction/> (30.06.2020).
- Felber, C. (2018): Gemeinwohl-Ökonomie. Komplett aktualisierte und erweiterte Ausgabe. München.
- Habermann, F. (2016): Ecommony. UmCare zum Miteinander. Sulzbach/Taunus.
- I.L.A. Kollektiv (Hrsg.) (2019): Das gute Leben für alle: Wege in die solidarische Lebensweise. München.
- Lange, B.; Hülz, M.; Schmid, B.; Schulz, C. (Hrsg.) (2020): Postwachstumsgeographien: Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien. Bielefeld.
- Macekura, S. (2017): Development and economic growth: an intellectual history. In: Borowy, I.; Schmelzer, M. (Eds.): History of the Future of Economic Growth: Historical Roots of Current Debates on Sustainable Degrowth. New York, 110-128.
- North, P. (2020): Responding to COVID-19 in the Liverpool City Region. Building Back Better: What Role for the Liverpool City Region Economic Recovery Panel? Policy Briefing 009. Liverpool.
- NOW – Netzwerk Oekonomischer Wandel (2020): Anders Wirtschaften jetzt!  
<https://www.netzwerk-oekonomischer-wandel.org/> (16.07.2020).

Paulson, S.; D'Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G. (2020): From Pandemic toward care-full degrowth.

<https://www.interfacejournal.net/wp-content/uploads/2020/05/Paulson-et-al.pdf> (30.06.2020).

Sarkis, J.; Cohen, M. J.; Dewick, P.; Schröder, P. (2020): A brave new world: Lessons from the COVID-19 pandemic for transitioning to sustainable supply and production. In: Resources, Conservation and Recycling 159, 104894. doi: <https://doi.org/10.1016/j.resconrec.2020.104894>

Schneidewind, U.; Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München.

Schor, J. (2010): Plenitude: The new economics of true wealth. London.

Seidl, I.; Zahrnt, A. (2019): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Weimar bei Marburg.

van Parijs, P.; Vanderborght, Y. (2017): Basic income: A radical proposal for a free society and a sane economy. Cambridge.

## **Autorin und Autoren**

**Hülz, Martina**, Dr. der Geographie, Leiterin des wissenschaftlichen Referats für Wirtschaft und Mobilität der Akademie für Raumentwicklung in der Leibnizgemeinschaft in Hannover. Kontakt: [huelz@arl-net.de](mailto:huelz@arl-net.de)

**Lange, Bastian**, Dr., Privat-Dozent an der Universität Leipzig. Forschung zu Kultur- und Kreativwirtschaft, alternativen Geographien, Governance und Stadtplanung. Mit Multiplicities berät er Politik und Wirtschaft im europäischen Kontext auf Wegen zu zukunftstauglichen Stadtregionen. Kontakt: [bastian.lange@uni-leipzig.de](mailto:bastian.lange@uni-leipzig.de)

**Schmid, Benedikt**, Dr., arbeitet am Lehrstuhl für Geographie des Globalen Wandels an der Universität Freiburg. In seiner Forschung untersucht er die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen und sozialökologischer Unternehmen in Transformationsprozessen hin zu wachstumsunabhängigen Wirtschaftsformen. Kontakt: [benedikt.schmid@geographie.uni-freiburg.de](mailto:benedikt.schmid@geographie.uni-freiburg.de)

**Schulz, Christian**, Prof. Dr., ist Wirtschaftsgeograph mit besonderem Interesse an Nachhaltigkeitstransitionen, alternativen Ökonomien und Postwachstumsansätzen. Universität Luxemburg, Fachbereich Geographie und Raumplanung. Kontakt: [christian.schulz@uni.lu](mailto:christian.schulz@uni.lu)